

Bezugspreis:

Wertschrift 2.- Ml. monatlich 2.- Ml. frei ins Haus, sonst zahlbar. Bezugsbeginn monatlich 4.- Ml. zzgl. Zustellungsgebühr. Unterabdruck für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.25 Ml. für das übrige Ausland 10.25 Ml. bei täglich einmaliger Zustellung 2.25 Ml. Bestellungen nehmen an Danemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingezogen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentlich zweimal Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die schlagzeilige Konspirettelgehe kostet 1.50 Ml. „Kleine Anzeigen“ das erste gedruckte Wort 60 Hg. (zwei bis 20 Hg. je Zeile), jedes weitere Wort 40 Hg. (zwei bis 20 Hg. je Zeile), jedes weitere Wort 30 Hg. (zwei bis 20 Hg. je Zeile), jedes weitere Wort 20 Hg. (zwei bis 20 Hg. je Zeile). Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Besuchs-Anzeigen, 1.50 Ml. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 4, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beifügt von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 14. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 11753-54.

Der Staatsgerichtshof tritt zusammen

Vor den Vernehmungen.

Der Staatsgerichtshof, dessen Zusammenreten ebenso oft gewünscht wie bezweifelt wurde, wird nunmehr in Tätigkeit treten. Heute nachmittags 1 Uhr beginnt eine Sitzung des „Parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Schuld am Kriege“, in der über die Art und Weise Beschluß gefaßt wird, wie die in kurzer Frist beginnenden Untersuchungen und Vernehmungen geführt werden sollen. Genosse Dr. Singheimer wird Bericht über seine Prüfung der Akten des Auswärtigen Amtes erstatten.

Die kommenden Sitzungen werden von einer Unterabteilung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses geleitet und werden öffentlich stattfinden. Ihr Beginn kann noch im Laufe dieser Woche erwartet werden.

Zu den ersten Persönlichkeiten, die vernommen werden, gehören Ludendorff, Bernstorff und Bethmann Hollweg.

Nach den Enthüllungen der letzten Zeit, die durch die Akten des Auswärtigen Amtes in ihren letzten Dunkelheiten noch erhellt werden, ist die Untersuchung der Schuld durch ein Gericht ebenso nötig, wie die Welt erwartet, daß von den Schuldigen Rechenschaft und von den Richtern ein der großen Tragödie gerechtes Urteil verlangt wird.

Ueberraschungen werden nicht zu erwarten sein. Die Redseligkeit der Hauptschuldigen hat ja viel vorweggenommen; interessant wird nur sein, ob diese Mohnwäpfe vor kühnen Augen standhält. Man täusche sich nicht: lediglich ein Tadel, der an der robusten Natur eines Ludendorff wie Wasser am Fettpfanne ablaufen würde, kann dem Empfinden

Monarchistisches aus der Schweiz.

Die „Berner Tagwacht“ berichtet u. a.: „Schweizerische Finanzkreise glauben zu wissen, daß es der ehemaligen deutschen Kronprinzessin Cécilie gelungen sei, einige zwanzig Millionen ihres Niesenerbögens in die Schweiz schmuggeln zu lassen. Auch Kaiser Karl habe auf diese Weise einen schönen Teil seines nach Hunderten von Millionen zählenden Vermögens rechtzeitig unter Dach gebracht.“

Ein Kapitalistenblatt schreibt dazu: „... Außerdem haben wir in unserem Lande gegenwärtig Tausende von feudalen Herren, einstige Kenner der Börsen, zu beherbergen, die unseren großen Börsenumständen nicht fremd stehen. Es werden große Summen bei deutschen Banken zugunsten schweizerischer Banken einbezahlt und die betreffenden Guthabensaufstellungen auf allerlei Umwegen hierher speidiert. In der Schweiz, z. B. in Luzern, haben sich eigene Gesellschaften gegründet, um die Gelder in Empfang zu nehmen. Den Kapitalisten folgen dann die Eigentümer nach, die sich durch Ankauf von Liegenschaften usw. bei uns festzusetzen suchen und so die Preise samt den Mietzinsen in die Höhe treiben. Oder diese Steuerbetrüger wandern, manchmal mit Millionenvermögen, bei uns jahrelang von einem Kurort und Hotel zum anderen, ohne je eine Steuer zu entrichten.“

So schmarrt in der Schweiz auch Graf Berchtold, einer der größten Hauptschuldigen am Völkermorden, der mit den zerstückelten Geldern am Thunersee sein fürstliches Leben weiterführt, als ob nichts passiert wäre. Berchtold war einer der ersten, der sein Vaterland im Stiche ließ und sich aus dem Staube machte, als seine verbrecherische Politik zusammenbrach.

Neben Berchtold treibt sich der berühmte Prinz Windischgrätz mit seinem Anhang in der Schweiz herum. Bekanntlich sollte er dasheim über die Millionen, die er als Ernährungsminister mitlaufen ließ, Rede und Antwort stehen. Der Windischgrätz-Ulke ist nachgewiesen, daß sie aus monarchistischen Wählhühnern besteht, die von der Schweiz aus in Oesterreich und Ungarn die habsburgische Monarchie wieder aufzurichten suchen.

Der italienische Berichterstatter Zingarelli berichtet in der „Epoca“ über die Feste der Wiener Christlichsozialen gegen die Republik und gegen den Anschluß an Deutschland. Der Kunftus Raffes unterhalte ständig Emisäre in der Schweiz. Die Mittel zur Propaganda kommen größtenteils aus der Schweiz. Weiter berichtet Zingarelli, daß der „Prinz“ Windischgrätz, „Baron“ Chlamech, „Graf“ Gumbach, „Graf“ Androssy und „Graf“ Berchtold, die sich zumeist in Freiburg aufhalten, die Hauptträger der monarchistischen Propaganda in der Schweiz seien. Die Monarchisten wollen sich an den 33jährigen Bruder des Kaisers Max halten, wenn Karl nicht mehr die Führung übernehmen wolle. Von Windischgrätz sagt Zingarelli, daß er als ungarischer Ernährungsminister die Kartoffelernte des Jahres 1917 für den Staat beschlagnahmt, sie zu Mehl verarbeitet und dieses Mehl an die Schweiz, Holland und Oesterreich verkauft habe. Der Reingewinn betrug 18 Millionen, zehn davon behielt Windischgrätz für sich und legte sie in einer Bank in Budapest ein.

Von Karl erzählt die „Epoca“: Schwach, unentschieden und unfähig war der letzte Kaiser von Oesterreich. Er möchte jetzt der österreichischen Krone gern entsagen, wenn er dadurch Ausflucht

des Volkes nicht genügen, das zu viel gelitten hat, um sich mit einer Ehrengerichtskomödie zufriedenzugeben.

Ohne Mitleid mit den Millionen haben die Schuldigen Geschichte gemacht, ohne Mitleid mit dem einzelnen soll die Geschichte richten.

Sühne der Barbarei.

Vor kurzem haben sich deutsche und französische Bergschwerfsteine zur Besichtigung der sinnlosen und verbrecherischen Verstärkungen der nordfranzösischen Kohlengruben durch die deutsche Heeresleitung zusammengefunden, um über deren Wiederherstellung, die für das deutsche und französische Wirtschaftsleben von einschneidender Bedeutung ist, zu beraten. Es hat sich dabei herausgestellt, daß nur genaue Kenntnis der während des Krieges an den Schächtanlagen, insbesondere an den Schächtröhren vorgenommenen Verstärkungen den Wiederaufbau der Gruben ermöglicht. Hierzu ist erforderlich, daß die Unterlagen über die Verstärkungen schnell und lückenlos gesammelt werden.

Alle Personen, die zweideutige Angaben über die Entstehung der Schäden, besonders über die Tiefe, in welcher die einzelnen Schächte gesprengt, über den Erfolg der Sprengungen, über die Menge des verwendeten Sprengstoffs, über Beschädigung der Schächte durch Hinabstürzen von Förderwagen, Munition und dergleichen machen können, werden daher gebeten, Mitteilungen hierüber mündlich oder schriftlich der Reichsschadungskommission, Abteilung KEA, II, Berlin W. 8, Unter den Linden 17/18, zur Verfügung zu stellen.

auf den ungarischen Thron erlangt. Seine Getreuen wiegeln ihn immerwährend für ihre Pläne auf. Die Mutter der Erzkaiserin arbeitet mit großem Druck beim belgischen Hof, wie auch durch ihre Söhne. Sehr viele Familien der hohen englischen Aristokratie beschäftigten sich mit dem Stande seiner Finanzen. Gewiß ist, daß die österreichischen Emigranten in der Schweiz ein luxuriöses Leben bei vielen Champagnergelagen führen, und es scheint fast, daß die ganze monarchistische Bewegung ihnen zu nichts mehr dient, als ein gutes Leben mit dem Gelde zu führen, das sie vom Karl erhalten. Tatsache ist, daß Karl sehr oft Ausflüge an die französische Grenze unternimmt, wo er mit englischen und französischen Persönlichkeiten zusammenkommt.

Und das Volk von Wien weiß heute nicht, was es morgen essen wird, der Wiener Wald wird wegen der Kohlennot einfach abgeholt und hunderte Eisenbahnen, von Tschöden, Südbahnen, Italienern verjagt, haufen mit ihren Familien in kahllosen Güterwagen auf den Bahnhöfen.

Die Sehnsucht nach Deutschland.

(Drahtung eines österreichischen Mitarbeiters.)

Am letzten Sonntag hielt in Ribühel unter freiem Himmel und bei massenhafter Beteiligung der Nationalrat Genosse Scheibin eine Versammlung für sofortigen Anschluß an Deutschland ab. Der Redner schilderte die fürchterliche Kohlen- und Ernährungsnot der deutschösterreichischen Staaten und rief damit große Bewegung hervor, die zum Schluß in einhelliger Annahme einer Entschliebung zum Ausdruck kam, die sofortigen Anschluß an Deutschland verlangte. Auch der Hinweis des Redners, daß der Anschluß an Deutschland großen Einfluß auf die Wiedervereinigung der deutschen Südtiroler zu dem Mutterlande hätte, wurde mit Bewegung zur Kenntnis genommen.

Wladimir Kosanoff hingerichtet.

Aus Stockholm kommt uns die erschütternde Nachricht, daß unter denjenigen russischen Sozialisten, die wegen der Moskauer Attentate von den Bolschewisten hingerichtet worden sind, sich auch Wladimir Kosanoff befindet. Als Mitglied der menschenrechtlichen Partei gehörte er der ersten russischen Abordnung an, die im Sommer 1917 zur Internationalen Konferenz nach Stockholm kam. Er hatte lange in Deutschland gelebt und sprach auch sehr gut deutsch. Wer den hochgebildeten, liebens und feinen Menschen kennengelernt hat, der wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Fortbildungsschulwesen und Kultusministerium. Von der Abgeordneten Frau Jaquet war in der Preussischen Landesversammlung ein Antrag dahingehend gestellt worden, das gesamte Fortbildungsschulwesen fortan dem Kultusministerium zu unterstellen. Wie die W. P. R. dazu erfahren, haben die Erörterungen über diese Frage im Schoße des preussischen Kabinetts übereinstimmend die Ansicht erkennen lassen, daß eine Trennung von Fortbildungs- und Hochschulen unmöglich und eine Uebertagung des gewerblichen Bildungswesens vom Handelsministerium auf das Kultusministerium zurzeit nicht angängig sei.

Rettet!

Die ersten kalten Tage, vielleicht schon Vorboten eines strengen Winters, sind da. In Großstädten und Ländereien, die von den Kohlenrevieren weit entfernt liegen, wächst die Sorge der Bevölkerung um die Hausbrandbelieferung. Verarbeitende Industrien aller Gewerbe sind von Betriebseinschränkungen bedroht. Die Kartoffeltransporte in den letzten Wochen waren gering; man hofft allerdings, sie durch Bevorzugung vor anderen Transporten bald steigern zu können. Einschränkungen des Personenzugverkehrs sind bereits erfolgt; weitere stehen noch bevor zum Schaden des deutschen Handelsverkehrs, dessen Interessen zurücktreten müssen hinter den dringendsten Bedürfnissen der Menschen. Holz muß in verstärktem Maße niedergehakt werden. Lohf als Ersatzbrennstoff herangeholt werden. Und das alles nur, um die Wohnungen vor der schlimmsten Kälte zu schützen!

Geben wir uns keinen Täuschungen hin. Schon am Beginn der kalten Tage müssen wir zur Sicherstellung der Kohlen- und Lebensmitteltransporte zu Notstandsmaßnahmen greifen, die später kaum noch wesentlich verschärft werden können. Und welchen Erfolg bringen sie? Können sie allein aus der Transportkrise, die unser gesamtes wirtschaftliches Dasein bedroht, heraushelfen? Geben sie uns die Gewähr, daß die Gefahr, die uns schon der Frühwinter bringt, im späten, strengen Frost noch vermieden werden wird?

Hat es einen Zweck, darüber zu rechten und die Frage nach der Schuld an diesen Zuständen zu stellen, wo uns vielleicht nur noch Wochen von einer Stilllegung des gesamten Personenverkehrs, vielleicht von bitterster Kälte und Not trennen? Bitter rächt sich die für die Arbeit verlorene Zeit! Sollen wir da Klagen und Anklagen, wo wir doch alle das selbe Geschick zu teilen haben, wenn es nicht gelingt, die Krise zu beseitigen?

Es fehlt an Kohle. Immer noch! Selbst wenn die Haldbestände befördert werden könnten, die sich in den letzten Wochen dank der gesteigerten Leistung der Bergarbeiter angesammelt haben und die nach überschätzlicher Schätzung insgesamt sicher nicht mehr als 1 bis 1 1/2 Millionen Tonnen Steinfoble betragen — was der Friedensleistung weniger Arbeitstage entspricht — ist die Not noch nicht beseitigt. Die Kohlenproduktion muß auch ferner noch gesteigert werden mit Aufbietung aller Kraft, nicht nur der physischen Leistung der Bergarbeiter, deren Erhöhung man nur dankbar begrüßen kann, sondern auch der organisatorischen Kraft aller Wirtschaftsfaktoren, die hier helfend eingreifen können. Es sind Maßnahmen getroffen, um die gelehrten Bergarbeiter, die in andere Berufe abgewandert sind, ihrer früheren Tätigkeit wieder zuzuführen; großzügige Organisationen zur Beschaffung geeigneter Unterkünfte, vorläufig gute Notstandsbaracken, später Arbeiterwohnhäuser sind teils schon im Bau, teils in Vorbereitung. Aber Eile tut not und tätige Mithilfe aller, die daran zum Nutzen des Volksganzen teilnehmen können! Mogen der schaffenden Bergarbeiter über Störungen in den wichtigsten Betriebseinrichtungen, über den schlechten Zustand der Werkzeuge und Bohrmaschinen, über starken Gesteinsgehalt ertönen noch immer. Man höre sie und lege alle Sebel in Bewegung, um abzustellen. Die Zeit drängt!

Noch schlimmer aber steht es um die Transportnot. Muß nicht der willige Beroarbeiter an seinem Werk verzweifeln, wenn er die Silberse seiner Massengenossen anderer Berufe und seiner Wohnorte hört, während die Haldbestände wachsen und mit jeder Minute die Stunde näher rückt, wo Feierschichten wegen Ueberflusses an Förderkohle am Werk eingelegt werden müssen? Erwachender Arbeitswille und steigende Produktion sind heute ein unschätzbare Gut. Wenn irgend etwas, so will dieses gepflegt sein! Wohin muß es führen, wenn aus Mangel an Kohlen die Lokomotivfabriken ihren Betrieb einschränken müssen, während Kohle auf Halben geworfen wird, zu deren Abtransport Lokomotiven fehlen? Sieht keiner den fürchterlichen Kreislauf, wie die verminderte Leistung der Eisenbahnwerkstätten, die heute noch mit Kohlenlieferungen bevorzugt werden, sich schließlich gegen sich selbst richten muß?

Wir wollen keine Sekunde daran zweifeln, daß das Mißtrauen der Eisenbahnarbeiter gegen die Verwaltungsbehörden in vielen Punkten nur allzu berechtigt ist. Dieselben Spalten, die heute den Notruf leidender Volksteile in die Welt hinaustragen sollen, haben manches erbitterte Wort der Kritik und manchen positiven Vorschlag zur Abhilfe der Mißstände gebracht, die nicht genügend beachtet worden sind, zum Teil auch wegen der Kürze der Zeit nicht durchgeführt werden konnten.

Aber gerade weil wir für uns in Anspruch nehmen, die Klagen der Arbeiterklasse vertreten und begründet zu haben, ist es uns doppelte Pflicht, zu Frieden und Arbeit zu rufen, wenn das Land in Gefahr ist. Wenn es erst einmal so weit ist, daß Millionen Menschen hungern

und fröhlich auf der Straße liegen, wird keiner sich mehr mit dem bloßen Mißtrauen entschuldigen können, wenn er die Mitschuld an dem Elend trägt. Schon dehnt sich ein Kreis des Hasses um die, die man schuldig wähnt. Die Reaktion jubelt. Besonnene werden enttäuscht. Die Sache des Sozialismus leidet unermesslichen Schaden, wenn es so fortgeht.

Darum laßt ab von dem Streit! Fordert und erkämpft euer Recht, wir werden an eurer Seite sein. Aber denkt daran, daß jeder Kampf Vernichtung bringen muß, der mit den Waffen des Hasses ausgefochten wird! Was hilft es, dem anderen immer bösen Willen unterzuschleien, wenn man nicht selbst zugreift, wo Gefahr droht? Darum gilt es jetzt, nach Verbesserungen in der Betriebsführung zu suchen und Formen des Lohnes zu finden, die der guten Leistung erhöhten Gewinn bringen, ohne die Erwartungen des Zeitlohnens als Grundbestandteil des Lohnes anzutasten. Man muß guten Willen fordern, ernste Arbeitsfreude unerschöpfen, ohne dabei dem Kapitalismus Vorpostendienste zu leisten. Eine Steigerung der Produktion ist Vorbereitung für jede sozialistische Ordnung der Wirtschaft. Wer es jetzt nicht glauben will, kann nur durch sein eigenes Elend, das nicht ausbleiben wird, belehrt werden.

Diejenigen aber, die berufen sind, in der öffentlichen Meinung und der Gestaltung tätig mitzuwirken, Verwaltungsbeamte und Parlamentarier aller Parteien, sollten hinaus in die Werkstätten, ohne Goh und Bestimmismus, sollten sehen, lernen und mit praktischen Vorschlägen und in steter Fühlung mit dem Arbeiter selbst antreiben, daß es besser wird. In der Amtsstube und dem Sitzungssaal läßt es sich schon pflandern. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß ein jeder Arbeiter sieht, wer zu helfen gewillt ist. Und da darf keiner fehlen, mögen noch so dringliche politische Aufgaben und reizvolle Polemiken winken. Gebt den Arbeitern eine gesunde Betriebsdemokratie, schafft die Hemmungen beiseite, die die Tradition eines Menschenalters verkümmert Beamtenhierarchie hat entstehen lassen. Dann muß es werden!

Der Abtransport der Kohlen auf dem Wasserwege, der so viel zu wünschen übrig läßt, leidet im Westen unter dem Tiefstand des Wassers und dem Mangel an Frachtraum. Dapon wird vor allem Süddeutschland betroffen. Organisatorisch wird aber an der Ausnutzung der Wasserwege stärker gearbeitet als früher. Hoffentlich fehlt der schnelle Erfolg nicht.

Vor den Grenzen Deutschlands steht der unerbittliche Sieger. Er hat es sich nicht verlagern können, die Feindseligkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete durch die erdrosselnden Friedensbedingungen zu verlängern. Wollen wir dem unerbittlichen Geist der westlichen Macht haben den Willen zur Verständigung entgegenzusetzen, so müssen wir dem Vertrag Treue zu halten wenigstens erstreben, auch wenn wir überzeugt sind, daß wir ihn nicht erfüllen können. Dieses Werk, das auf Millionen von Krieggräbern wächst, ist der Aufbietung aller Kräfte wert.

Dann müssen aber alle, die Hand- wie die Kopfarbeiter, an der Überwindung der Kohlen- und Transportkrise mitwirken.

Rettet! Rettet das Land! Rettet die Zukunft! Rettet Euch selbst!

### Gärung bei den Unabhängigen.

In einer Leipziger Parteiverammlung der Unabhängigen rechnete Lipinski mit dem jungen Kurt Geyer ab. Geyer verlange, daß die Parlamentstribüne benützt werde, um von dort aus den Massen Signale zu geben, lehne es aber ab, in der Nationalversammlung zu reden. Er habe in seinem Streit mit den anderen „Volkszeitungen“-Redakteuren verlangt, daß binnen 14 Tagen entschieden werden müsse, ob er oder die anderen Redakteure ausscheiden müßten. Lipinski verteidigte die Beteiligung am Parlamentarismus und sprach gegen den Anschluß an

Moskau. Auch Bloch sprach gegen die Unduldsamkeit Geyers und bekannte sich zu dem Ausspruch: „Vorläufig sind wir noch keine Volkshewisten“. In seiner Entgegnung sagte Geyer:

Die literarischen Arbeiten Kautsks bilden heute eine Gefahr. Sie gehören zum Arsenal der Gegner. Ich muß erklären, daß ich gar nicht daran denke, zu den Kommunisten zu gehen, da dort die Unklarheit viel größer ist. In Wirklichkeit gibt es eine Menge Genossen, die es am liebsten sähen, daß die Revolutionäre aus der Partei gehen. Diese Strömungen sind nicht nur in Leipzig, sondern auch anderwärts zu beobachten. In Wahrheit ist es so, daß die alten Parteigenossen sich zum Teil nicht von den alten demokratischen Formen freimachen können.

Eine Resolution, die sich für Austritt aus der Zweiten Internationale und Eintritt in die dritte aussprach, kam wegen Vertagung nicht zur Abstimmung.

Gärung, aber keine Klärung!

### Staatserhaltende Unabhängige.

In Hamburg wurde kürzlich mit den Stimmen der Unabhängigen ein Betrag von 90 000 M. für Entlohnung des Sicherheitsdienstes bewilligt, der einer Reichswehrtruppe, den Bahrenfelder Jägern, zugute kommt. Gegen kommunistische Angriffe rechtfertigt die unabhängige „Volkszeitung“ diesen Beschluß damit, daß man das „kleinere Übel“ gewählt habe, um keine „Landfremden“ nach Hamburg kommen zu lassen. Außerdem lägen aber noch Gründe vor, deren Erörterung das unabhängige Blatt „im Interesse der Arbeiterbewegung doch lieber unterlassen will“.

Die unabhängigen Volksvertreter haben also für ihre militärfreundliche Haltung Gründe, die sie ihren Wählern vorenthalten. Das Hamburger „Echo“ vermutet, es handle sich um einen ähnlichen Versuch, zwischen U. S. V. und Reichswehr Abmachungen bezüglich der künftigen Staatserhaltung zu treffen, wie er seinerzeit von dem feither verschollenen Emil Barth im Edenhotel gemacht worden ist.

In Hof regieren die Unabhängigen. Auch dort spielen die Kommunisten die Rolle der Geißel im Kampfe. Zwischen „Regierung“ und „Opposition“ ist ein Kampf um die Milchzentrale ausgebrochen, deren Errichtung von den Kommunisten stürmisch gefordert wird, während das U. S. V. Blatt nur auf eine Kommission hinweisen kann, die im Schweiße ihres Angesichts berät. Angesichts der kommunistischen Unklarheit läßt sich dann das Organ der unabhängigen Lokalregierung folgenden Stoßseufzer entfahren:

Ja, ist denn die Fraktion der U. S. V. daran schuld, daß so traurige Zeiten über das arme Volk hereingebrochen sind? Die Herren Einsieder wissen ganz genau, wie schwer es ist, die Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung nur einigermaßen zu erfüllen. Denn als vor kurzem an sie das Verlangen gestellt wurde, einen Mann von ihrer Partei in die Lebensmittelkommission zu entsenden, da haben sie es abgelehnt mit der famosen Begründung, sie treiben keine Kompromisspolitik. Ja, hat denn die Ernährung mit der Politik etwas zu tun? Und kann man in den Versammlungen nicht mehr schimpfen, haben die Mitglieder kein Interesse mehr an der Partei, und die Herrlichkeit der im Eingangs unterzeichneten Verwaltung (nämlich der kommunistischen, Red. d. „V.“) hätte bald ein Ende.

Kann man nicht mehr schimpfen, so haben die Mitglieder kein Interesse mehr an der Partei. Man sieht, der Hof kommunistisch-unabhängige Frochmäufekrieg enthüllt tiefe politische Wahrheiten.

### Dutasta nach Berlin.

Nach „Echo de Paris“ befindet es sich, daß Dutasta französischer Vorkämpfer in Berlin wird. Während einer Übergangsperiode wird Frankreich durch einen Geschäftsträger vertreten sein. Diese Mission wird dem gegenwärtigen Geschäftsträger in Bern Elinchant übertragen werden. — Dutasta ist dem deutschen Zeitungsleser als Generalsekretär der Versailles-Konferenz bekannt geworden.

## Ein belgischer Kriegeroman.

Pierre Brodecoorens, dessen ausgezeichnete, im „Vorwärts“ abgedruckte Roman „Notes flamandes“ die Aufmerksamkeit auf diesen, selber französisch schreibenden Volkskämpfer gelenkt hat und auch in deutscher Uebersetzung in mehreren Auflagen erschienen ist, kündigt einen neuen Roman an, der unter dem Titel „Boule-Carcasse“ im Brüsseler „Peuple“ zuerst veröffentlicht werden wird. Einem schon der Titel an Raupassants berühmte Kriegeroman „Boule-de-sulf“, so läßt das Wort, das der Dichter der Publikation voraussieht, erkennen, daß es sich um einen Kriegeroman handelt, der, wie Raupassants Novelle, die Besetzung des Landes durch die Deutschen zum Hintergrund hat.

Nach diesem Wortwort dürfen wir hoffen, in Brodecoorens seinen von Hof und Bitterkeit verbildeten Ankläger zu finden, sondern einen Dichter, der zwar offen zugibt, daß sich in seinem Werk sein Temperament und seine ererbten Anschauungen ausprägen, daß er sich aber bemüht, wahr zu sein und unparteiisch, wie die Geschichte selbst. Alle Leiden, Bitterkeiten, Demütigungen der Offiziere haben nicht vermocht, in seinem Herzen die edlen Quellen wahrer Menschlichkeit zu verstopfen. „Ich sehe um mich nur arme Menschenkinder, Opfer ihrer Irrtümer und ihrer Unwissenheit.“ „Der Romanistreiber“, sagt er, „hat das Recht, patriotisch zu sein, nur bis zur Schwelle seines Arbeitszimmers. Hat er diese einmal überschritten, so gibt's für ihn kein Heilalter und keine Nationalität mehr. Er muß dann nicht mehr Leidender, nur Wissender sein. Er muß den stürmischen Erregungen seines Herzens Schweigen gebieten. Er bleibt Dichter, aber sein Verstand und seine Ueberlegung müssen seine Gefühle eindämmen, sie führen, betonen und zurückhalten.“

Brodecoorens ist sich bewußt, daß seine Landsleute von ihm eine chauvinistische, deutschfeindliche Dichtung erwarten, seine Landleute, die nicht mehr an den guten Geist des Deutschtums glauben, seit die Deutschen ihre Häuser in Asche gelegt, ihre Freiheiten zerstört, ihre Vorräte geraubt und eine halbe Million Belgier zu Sklaven gemacht haben. Aber gerade für seine Landsleute, mit denen er gemeint und mit den Fährten gefährdet hat — wie sie hat ich das Gesicht in den Händen der Sorgen vor dem Schreden des Gemeinlichen, des Bländerns, Hürichtens — hat er sein Buch geschrieben. Denn diesen Krieg sieht er nicht aus der Sicht Deutschlands geboren an, sondern in Wahrheit als das Werk der alten Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Sie hat das Kapital und die Arbeit von hundert Jahren mobilisiert. Und mit ihr sind die Völker in den entsetzlichen Abgrund gestürzt! Man sieht, der Dichter steht auf sozialistischem Boden, und auf diesem erwartet er eine bessere, glücklichere Zukunft für die Menschheit: „Wir grüßen das Leben, das vor uns aufsteigt, wild und frei, un-

gezügelt und triebhaft, aber stärker als alle Erinnerung an die Vergangenheit.“

Wir dürfen mit Spannung diesem Werke des jungen und starken Poeten entgegensehen, der uns verspricht, die Wahrheit zu sagen. Denn die können wir jetzt vertragen.

Die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die in den Landesausstellungenhallen vom Nationalhygienemuseum und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet wird, wird am 17. Oktober eröffnet. Die Ausstellungsgegenstände teilen sich in bildliche und plastische. Die bildlichen sind kleinere und größere Tafeln, die — meist farbige — den anatomischen Bau des äußeren und inneren Geschlechtsorgans des Mannes und der Frau bzw. die Veränderungen und Verletzungen an diesen Organen durch eine der drei Geschlechtskrankheiten darstellen. Die plastischen sind zum Teil farbige Holzm Modelle, die denselben Zweck erfüllen wie die Abbildungen, z. B. Krongelen, d. h. Weisheitszähne, die in Gehalt und Farben naturgetreue Nachbildungen von Gliedmaßen und Krankheitsprozessen sind. Alle Abteilungen zeigen dem Besucher offen die einzelnen Stadien der Geschlechtskrankheiten vom ansteigend harmlosen Beginn bis zu den schwersten Fortschrittsstadien. Ungeschützt wird dem einzelnen vor Augen geführt: so sehen die Krankheitsstadien, so können sie vernachlässigt werden und so können sie verheert werden.

Schillertheater: „Der Reineidbauer“. In farbige lebendigen Bildern zog Ludwig Angenubers jetzt beinahe schon ein halb Jahrhundert altes Reineidbauer-Drama vorüber. Erstklassige Charakterisierung, ein ehrlich harter Wille, von der Bühne her besternd und läuternd auf die Zuschauer zu wirken, und altvolkstümlich-naive Holzschmittmonier des szenischen Aufbaues kreuzen sich in diesem wie in den anderen Werken Angenubers. Die Hauptfigur, der Kreuzweidbauer selbst, ist eine der eindrucksvollsten, prägnantesten Charaktergestalten, aus quellendem Reichtum lebendiger Anschauung geformt und in der Mischung der Jüge im Grund ein viel überzeugenderes Gemälde menschlicher Geistes, als Molières klassisch gewordenen, von seinen Strupeln mehr geplanter Tartuffe. Mit wunderbarer Klarheit läßt uns der Dichter in der großen Szene des zweiten Aktes, wo der Alte dem Sohne die Geschichte seines Verbohrns beichtet, ins Innere dieses Menschen sehen. Zug um Zug enthüllt sich die Verkettung, die nach der ersten, nicht zurückgewiesenen Verurteilung auf abschüssigem Wege vorwärts rief, wie das Gewebe immer finstlicherer Sophismen, durch die er sein Gewissen oder vielmehr seine Angst vor einem Strafgerichte Gottes zu heilen sucht. Jene Gewalttätigkeit der Handlung, die aus dem Wirrwirr, das die böse Tat geschaffen, ein paar jungen tüchtige Menschen, die kernige Troni und den Sohn des Schuldigen, zum Ausblick auf ein neues, jubelnd begrühtes Hoffnungsland aufsteigen läßt, treten hinter diesem Großen und Bedeutenden, durch Kontrastierung mit anderen Gestalten sich Ergänzenden weit zurück.

Die Darstellung, von einer stimmungsvollen Dekoration unterstützt, war bis in alle kleinen Einzelheiten mit glücklichen Gelingen abgeblüht. Kirschen ein störender Nötkon. Direktor Pategg gab seinem robust gedrungenen Reineidbauer den Aus-

## Antisemitische Volkspartei.

Der Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist am 13. Oktober zu einer Tagung zusammengetreten, die von über 200 Vertretern der Landesverbände besucht war. Eine vorhergehende Sitzung des Parteivorstandes hatte bei der endgültigen Wahl der Parteileitung die bisherigen Mitglieder derselben einstimmig wiedergewählt, und zwar Staatsminister a. D. Sergi, Geh. Justizrat Dr. Dietrich, Bankier Adler v. d. Planitz, Buchdruckereibesitzer Graf. Nach den Mitteilungen des Hauptgeschäftsführers zählt die Parteioorganisation 1 100 000 Mitglieder (?) in 3024 Ortsgruppen.

Die Verhandlungen am Vormittag galt der „völkischen“ Frage. Unter stürmischem Beifall wurden einstimmig folgende beiden Entschlüsse angenommen:

1. Die Deutschnationalen Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums. Von dieser Grundlage aus kämpft sie gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen.

Sie wendet sich besonders gegen die Vorherrschaft des Judentums, die seit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt.

2. Der Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei spricht den deutschnationalen Fraktionen der Nationalversammlung und der Landesversammlung volle Zustimmung zu ihrem Vorgehen gegen die Ueberschwemmung mit ostjüdischen Elementen aus. Er ersucht sie, auch weiterhin nach Kräften auf ein Verbot der jüdischen Einwanderung hinzuwirken.

Danach hielt es der Vorsitzende für geraten, in einem persönlichen Schlußwort von dem Radikal- oder Bogromantisemitismus abzurufen, der die völkische Frage mit den Mitteln der persönlichen Gehe oder Gewalttat lösen will. Diese taktische Wendung ändert nichts an der Feststellung, daß mit der Annahme der oben abgedruckten Resolutionen die Deutschnationalen Volkspartei vollkommen ins Lager des Separatjudentums abgewandert ist.

## Militärschimpfkonzerz.

Der Somersche Wortwechsel zwischen General Gröner und Generalmajor Graf Waldersee nimmt seinen Fortgang. Nachdem Gröner dem Grafen einen „Verleumder“ ausgebrummt hat, erläßt Graf Waldersee in der „Täglichen Rundschau“ eine längere Erklärung gegen Gröner. Darin teilt er der Öffentlichkeit die erschütternde Tatsache mit, daß er bereits am 23. November 1918 auf dem Rückmarsch durch Belgien ehrengerichtlich Rechtfertigung des Generals Gröner auf dem Dienstwege beantragt und gemeldet habe, daß die Behauptung, das Frontier habe am 9. November vormittags nicht mehr hinter dem Kaiser gestanden, eine ungerichtlich verfertigte Verhöhnung und Beleidigung der Armee sei. Die Oberste Seeresleitung habe aber den Antrag abgelehnt. Er, Waldersee, habe dann nach der Unterzeichnung des Friedens von neuem eine ehrengerichtlich Rechtfertigung des Generals Gröner auf dem Dienstwege beantragt. Aber auch dieser Antrag sei abgelehnt worden.

Inzwischen erwächst Gröner ein starker Sekundant in der Person des Generalfeldmarschalls Hindenburg, der als einstiger unmittelbarer Vorgesetzter Gröners die Anschuldigungen des Grafen Waldersee als „durchaus unzutreffend“ bezeichnet und sein Beharren über das Vorgehen des Generalmajors ausdrückt. Hindenburg bezeichnet die Darstellung Waldersees als „tendenziös gefärbt und vielfach unrichtig“. In früheren Zeiten hätte ein solcher Disput zwischen Offizieren mit einem wechselseitigen Piff-Puff geendet. Die Revolution scheint indes ersichtlich gewirkt zu haben.

Die preussischen Winterwässer aus dem Staat gehörenden Quellen sollen, wie der Haushaltungsrat der Landesversammlung beschloß, sobald es tunlich ist, Krankenkassen zum Selbstkostenpreis überlassen werden.

Druck einer gedult lauernden Verschlossenheit und vermochte es dabei — jeder Versuchung zu theatralischer Wörtlicher-Uebersetzung weit aus dem Wege gehend —, Mitleid für den argen Sinder wahrzurufen. Sehr gut war Mala Haritwigs aufbauend temperamentvolle und doch liebenswürdige Troni, wie Fanny Wolffs prächtige alte Bürgerliche. Die etwas blasse Rolle des Franz besetzte Poelsche mit frischer Klarheit. Von den kleineren Episodenrollen sind insbesondere der jüdische Hausierer Arthur Mengels, Witbs biederer Großvater und die schimpfliche Erzeugnis des Fräulein Noffing.

Der dänische Dichter Natl Gjellerup, der vor zwei Jahren den Nobelpreis für Literatur erhielt, ist in Dresden, 63 Jahre alt, gestorben. Mehrere Romane und Dramen seiner letzten Jahrzehnte befanden sein erstes Denken auf Wegen einer Philosophie der Erlösung. In buddhistischen Bildern sprach sein ideales Volkens sich aus.

Der badische Theaterkrieg. Drei Heidelberger Zeitungen erklären, daß sie beschlossen haben, die Besprechung von Leistungen der Mannheimer Ortsgruppe der Deutschen Bühnengenossenschaft einzustellen. Das als Erwiderung auf den Eingriff in die Freiheit der Kritik, dessen die Mannheimer Mitglieder der Bühnengenossenschaft sich schuldig machten durch ihre Weigerung, weiter zu spielen, falls der Kritiker der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Dr. Ernst Leopold Stahl weiter über ihre Leistungen berichte.

Pudo M. Gortmann, der österreichische Gesandte in Berlin, spricht am 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lesker und Lehrkräfte Groß-Berlins über den „Untergang der antiken Welt“ in der Aula des Dorothien-Königlichen Realgymnasiums, Georgenstraße, am Bahnhof Friedrichstraße. Zutritt für jedermann.

Die Vorträge des Ministerpräsidenten Hirsch an der Verammlungsstätte über „Kommunepolitische Probleme“ beginnen heute, abends 6 Uhr, im Hofaal 122.

Theater. In der Volkshöhne wird am 16. Oktober das Lustspiel „Kaf für Kaf“ von Chasleprov wiederholt. — Die Aufführungen des Dramas „Das Geheh“ haben vom 16. Oktober ab im Hof-Theater halt. — Im Volkshöhne-Theater wird am Donnerstag die dreiaktige Operette „Eine Frau wie Du“ von Decker und Schch, Musik von Hermann Krome, erhaltend.

Der Verarsch Nehmer-Kleinwaidt. Agnes Straub hat mit dem Deutschen Theater einen fünfjährigen Vertrag abgeschlossen. Ihre Tätigkeit an den Reichstheaterbühnen beginnt bereits in der nächsten Zeit.

Volkshöhne-Konzert. Das einzige Konzert von Banda Landosa in dieser Saison findet im Rahmen des Verbundes der Freien Volkshöhnen am 19. Oktober, vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr, im Theater am Schlossplatz halt. Frau Landomella wird aus der Geschichte der Polten und Kaiser Herle auf dem Gemahle und Klover vorbringen. Karten zu 2 M. (einkl. Bierkollekt) u. a. bei Aley und in der Geschäftsstelle des Verbundes, Minierstr. 227.

Philosophische Vorträge. Genosse Max Kibel beginnt diese Woche folgende Vorträge: Die Weltanschauungen der Griechen, 7<sup>1/2</sup> bis 8<sup>1/2</sup> Uhr; Einführung in die Philosophie II, Donnerstag, abends 8<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr; Geogenie, 10; Goethes Faust, 7<sup>1/2</sup>—8<sup>1/2</sup> Uhr; Einführung in die Philosophie I, Freitag, abends 8<sup>1/2</sup>—9<sup>1/2</sup> Uhr, Volkshöhne, 15.

# Industrie und Handel.

## Börse.

Am Petroleum- und Kolonialmarkt nahm die Aufwärtsbewegung ihren Fortgang. Das Geschäft war teilweise geradezu fürmlich, namentlich in Southeit-Africa-Compani, Gloman Salpeter, Chili und Cacao. Kolonialanteile und Petroleumanteile waren zwar fest, die Stimmung indes wenig beträchtlich. Von Petroleumwerten waren namentlich Steaua Romana gefragt, die auf 720 angingen. Auf den übrigen Gebieten war das Geschäft weniger lebhaft. Immerhin konnten einzelne Konianwerte, Schiffahrts-, Farb- und Elektrapapiere weitere Kurssteigerungen erzielen. Fest waren auch die Werte des freien Verkehrs und des Einheitsmarktes; Rentenwerte waren im allgemeinen wenig verändert, teilweise leicht gebessert.

# Groß-Berlin

## Beträchtliche Steuererhöhung in Groß-Berlin in Sicht.

In fast allen Berliner Gemeinden haben Kommunalpolitikerkonferenzen stattgefunden, die sich mit den Forderungen der Hilfsangeestellten und den zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigten. Durch den drohenden Streit der Angestellten und die dadurch entstehenden Mehrkosten wurden Vorschläge zur Erhöhung der Gemeindefinanzkraft gemacht und der indirekten Steuern gemacht. Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Gemeindefinanzkraft von 800 auf 850 Proz. zu erhöhen. Weiter wurde vorgeschlagen, den Gaspreis auf 90 Pf. zu erhöhen. Weiter soll eine Erhöhung des Straßenbahnpreises vorgeschlagen werden. In den westlichen Vororten würde von den Kammern der härtere Ausbau der Luftbereitschaft angeregt. In Wilmerdorf wurde z. B. der Vorschlag gemacht, die Hundsteuer zu erhöhen und eine Dienstbotensteuer einzuführen. Auch die indirekten Steuern müßten erhöht werden. Vorläufig sind all diese Steuererhöhungen noch Projekte. Es soll in nächster Zeit jedoch eine neue Konferenz der Kammerer einberufen werden, in der man sich über die weitere Ausgestaltung des Steuerwesens klar werden wird.

## Zum Neudänker Hilfsangeestelltenstreik.

Der Magistrat Neudänkersucht und um Aufnahme folgender Richtigkeit:

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 14. Oktober 1919 wird bezüglich des Streiks der Bureauhilfsarbeiter in Neudänker von einem Mitglied der Streikleitung behauptet, daß eine Deputation dieser Angestellten am Montagmorgen 8 Uhr in Abwesenheit des Bürgermeisters Dr. Mann mit dessen Vertreter verhandelt habe. Diese Behauptung ist unrichtig. Vielmehr ist seit dem Eintritt des Streiks weder mit dem Delegierten Bürgermeister Dr. Mann, noch dessen Vertreter, noch einem anderen Vertreter des Magistrats über die Forderung der Hilfskräfte verhandelt worden. Dem Magistrat ist noch heute keine offizielle Mitteilung darüber zugegangen, ob die Bureauhilfsarbeiter den am Sonnabend in Berlin gefällten Schlichtungsspruch anerkennen oder ablehnen, ob sie ihre Forderungen, die sie von dem Schlichtungsausschuß gestellt haben, im vollen Umfang annehmen oder in welcher Höhe sie jetzt Forderungen stellen; insbesondere ist dem Magistrat noch keine offizielle Mitteilung zugegangen, ob die Bureauhilfsarbeiter den Anspruch auf eine einmalige Wirtschaftshilfe weiter aufrecht erhalten oder ob sie ihn fallen lassen. Sichtlich steht der Magistrat auf dem Standpunkt, daß die Frage der Gehälter der Bureauhilfskräfte nur einheitlich für Groß-Berlin geregelt werden kann, daß ein Sondervergehen Neudänkers in dieser Frage durchaus unzulässig ist.

## Wie die Lebensmittel verteuert werden.

Dem Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:  
Die Angaben der Firma Bergenthal über das Monopol der Kaffeeversorgung Groß-Berlins sind zweifellos richtig. Unbegreiflich ist aber die Vermutung, daß die Kleinhandlung sich an dem badiischen Obst „gesund gemacht haben“. Sowohl von der Firma Bergenthal, als auch von der erwähnten „anderen Seite“, von der die bezüglichen Mitteilungen gemacht wurden, ist nämlich folgendes verschwiegen worden: Die Firma Bergenthal gibt das ihr zur Verfügung stehende badiische Obst nicht direkt an die Kleinhandlung ab, sondern gibt es erst an den Obstgroßhandel weiter, von dem ein entsprechender Aufschlag auf die Ware gelegt wird und der Großhandel gibt es wieder an die im nahe liegenden Zwischen-Großisten ab, die ebenfalls wieder einen entsprechenden Aufschlag auf die Ware legen, die erst in die Hände der Kleinhandlung kommt, nachdem sie die beiden erwähnten Zwischenstationen durchlaufen hat, die an der Ware einen verhältnismäßig hohen Verdienst mühelos einstreichen. Unser Verband als berufene Vertretung der Kleinhandlung hat von jeder gegen diese schon im Frieden von ihm bekämpfte Vertierung der Ware durch diesen vollständig überflüssigen Zwischenhandel Stellung genommen. Leider begegnete unsere Bemühungen in dieser Beziehung gewissen Schwierigkeiten bei der Direktion der Berliner Markthallen, die zur Herauswirtschastung ihrer Verwaltungskosten diesen Zwischenhandel stützt und groß zieht. Dieser erwähnte Zwischenhandel lebt tatsächlich als Parasit von der Berliner Volksernährung. Je eher er beseitigt würde, desto eher würde es möglich sein, die Berliner Verbraucher nicht nur mit billigem Obst, sondern auch mit erheblich verbilligtem Gemüse zu versorgen.

## Zwangsquartierung in Charlottenburg.

Das Charlottenburger städtische Wohnungsbauamt geht an die Durchführung der Zwangsquartierung. Zunächst wird es feststellen, welche im Verhältnis zur Zahl ihrer Bewohner überhöhte Wohnungen sich ohne erhebliche bauliche Veränderungen in mehrere selbständige Wohnungen aufteilen lassen, oder, wenn eine Abtrennung von Wohnungen nicht möglich ist, welche Räume sich zur Aufnahme von einzelnen Personen eignen. Da nicht ausgeschlossen ist, daß Schwindler die Gelegenheit der jetzigen Feststellungen dazu benutzen werden, um in Wohnungen zu kommen, wird dringend geraten, die Legitimation der Beauftragten des städtischen Wohnungsbauamtes vorzeigen zu lassen und im Zweifelsfall sich sofort telefonisch an das städtische Wohnungsbauamt (Amt Wilhelm, Magistrat Charlottenburg, Anschluß 316) zu wenden.

## Wo gibt's die Fahrkarten?

Uns wird geschrieben: Seit Ende September drängen in den Wagen der Siemens-Strahlenbahn Vialate mit der Mitteilung, daß Arbeiterwochenkarten vom 1. Oktober zu haben sind. Auf wiederholte Nachfragen bei den Schaffnern ist denen nichts davon bekannt; einer meinte, daß die Karten wohl in der Hollmannstr. 24 zu haben sind. Es würde sich doch empfehlen, diese Karten Montags dem Schaffner mitzugeben, das war doch früher bei der Siemens-Südostbahn auch der Fall. Oder soll erst jeder Fahrkart eine Woche nach der Hollmannstr. oder einem Betriebsbahnhof fahren, um sich eine Karte zu lösen? Im übrigen ist die Einführung zweifellos eine Erleichterung für beide Teile, da bei der Überfüllung der Wagen das ewige Wechseln unliebamen Kerger vermieden.

Der Reichsbund der Invaliden, Ortsgruppe Groß-Berlin, hielt dieser Tage mehrere öffentliche Versammlungen ab, die sehr gut

besucht waren. Referenzen waren die Leidensgenossen Subbe und Scherie. Die Erhöhung der Teuerungszulage der Invaliden und Altersrenten von 8 M. auf 20 M. und der Witwenrenten (Invaliden) von 4 M. auf 10 M. ist völlig ungenügend und wirkt in Anbetracht der Kohlen- und Preissteigerung wie eine Verhöhnung der Armut der Armen. Ab wann habe man die Unfallrenten völlig übergeben. Ebenso hat der Magistrat die Armenunterstützungsberechtigten anscheinend vollständig vergessen. Es muß eine sofortige wirksame Erhöhung aller Renten und Unterstützungsätze gefordert werden. Um aber dieses zu erreichen, ist es notwendig, daß sich alle Invaliden, Erwerbsfähigen und Armen dem Reichsbund der Invaliden anschließen und nur die Presse lesen, die ihre Interessen voll und ganz vertritt. Die Ortsgruppe Groß-Berlin zählt bereits 1000 Mitglieder. — Eine Resolution fand einstimmig Annahme, wonach die am 1. Oktober zur Anzeigung gelangte Erhöhung der Teuerungszulage für völlig ungenügend bezeichnet wurde. Sie fordern eine sofortige Erhöhung aller Renten bis zur Höhe der Unterstützungsätze der Reichsbeschäftigten für die Zukunft. Ferner erwarten die Versammelten vom Magistrat der Stadt Berlin, daß den Stadtbewohnern umgehend eine Vorlage unterbreitet wird, um die Armenunterstützungsätze, die Teuerungsverhältnissen entsprechend, zu erhöhen.

Vom 15. Oktober ab befindet sich die Geschäftsstelle des Reichsbundes der Invaliden in der Ortsgruppe Groß-Berlin, R. 18, Stubbenkammer Str. 6. Sprechzeit: Montag, Mittwoch, Freitag, 5-7 Uhr.

**Obst-Entscheidung von Staatsberatern.** In dieser Nacht schickte uns das Landwirtschaftsministerium eine Erklärung, wonach nur zwei erst kürzlich angenommene Arbeiter den von uns geringen Lohn erhalten. Alle im Ministerium gehaltenen Vorschläge entsprechen aber dem von den Behörden Groß-Berlins festgestellten Tarif.

**Auf einen Mörder aus Salzweil** fand die hiesige Kriminalpolizei. Es handelt sich um einen Polen, der gestern abend in Salzweil den Mörder Reiner umgebracht und herabgelassen hat. Der Mörder, der sich wahrscheinlich nach Berlin gewandt hat, ist etwa 28 Jahre alt und blond und trägt einen grauen Anzug und eine alte Militärkappe. Bei sich hat er mehrere Pakete, die gewisse Anzüge enthalten und mit Blut besetzt sein müssen. An Geld finden ihm 400 M. in die Hände.

**Von der Straßenbahn überfahren und getötet** wurde gestern abend am Alexanderplatz ein unbekannter Mann von etwa 50 bis 60 Jahren. Er hatte ein Sparbüchlein auf den Namen Adolf Zein bei sich, scheint dem Arbeiterstande anzugehören.

**Autodiebstahl.** Auf dem Grundstück Nr. 12 hand ein Auto des türkischen Prinzen Osmar Faruk. Die Verfolgung darüber lag dem General v. Stempel ob. In den letzten Tagen erschienen nun zwei Männer bei der Forstverwaltung und legten ihr eine Bescheinigung mit der Unterschrift des Generals vor, in der gesagt wurde, daß das Auto durch die Heberbringer des Scheines nach Jena überführt werden soll. Die beiden Männer hatten auch Schlüssel mitgebracht zur Öffnung des Schließens. Auch eine Wochstange mit Brenndol, Versteckungsstange ließ die Männer in den Schuppen hinein. Das Automobil wurde fahrtauglich gemacht und ohne Verletzung fuhr es auf und davon. Von den Schwindlern fehlt jede Spur.

**Salzwasser.** Man schreibt uns: Um der Kohlennot in etwas zu begegnen, kaufte ich am letzten Sonnabend einen halben Zentner feinst geschlagenes Holz zum Preise von 5,50 Mark. Als ich am Montag um einen kleinen Vorrat für den Winter zu bekommen, in demselben Holzhandelsgeschäft wieder einen halben Zentner Holz gleicher Art kaufen wollte, wurden mir dafür bereits 6,50 M. obverlangt. Dabei handelt es sich nicht etwa für den Verkäufer um eine neue Holzlieferung, die vielleicht den erhöhten Preis bedingt hätte, sondern die Mehrforderung ist reiner Konsumgewinn. Diese sich denn wirklich gegen eine solche ungesetzliche Ausnutzung der Notlage nicht einschreiten?

**Die Studenten gegen die Gehaltserhöhung.** In der letzten Sitzung der Studentenschaft der Berliner Universität wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß Rektor und Senat sowie dem Ministerium vorzuschlagen, daß die Vorlesungen und Seminare über Festlegung der Löhne in der Universität zu stellen sollen. Auch ist die Gründung einer juristischen Beratungsstelle anzustreben, in der Professoren der juristischen Fakultät kostenlos Ratsschläge erteilen. Fernerhin wurde in einer Resolution Protest gegen die Erhöhung der Bibliotheks- und Institutsgelühren um 100 Proz. erhoben.

**Freireligiöse Gemeinde.** Morgen Mittwoch, 8 Uhr, bei Wille, Seebastion 29. Mitgliederversammlung.

**Wartenberg-Schule.** Gemeindevorstellung. Zum Wartenburgischen Städtefest wurden delegiert: Finze (E. P. D.), Richter (U. E. P. D.), Lützen (Dem.), Hesse (Wagner). Die Tagesordnung soll vom 1. Juli ab um 100 Proz. und die Kilometergelder vom 1. Oktober um 50 Proz. erhöht werden. Für die durch die Einrichtung einer Gemeindefabrik erforderlichen baulichen Umänderungen im Rathaus wurden 1100 M. bewilligt. Von der Aufhebung der Reichsbeschäftigten in den Volksschulen wurde Kenntnis genommen. Genosse Gerlach wünschte, daß in bezug auf die Schulangelegenheiten ein etwas schnelleres Tempo eingeschlagen werden möge. In der vorigen Sitzung war der Beschluß gefaßt worden, für die Schulkinder die Kaduzflüge einzuführen durch einen Vertrag mit den hiesigen Zahnärzten. Nach Prüfung der Angelegenheit durch den Finanzausschuß soll die Errichtung einer eigenen Zahnklinik erwogen werden. Diese Angelegenheit soll so schnell als möglich erledigt werden. Ein Antrag auf Bewilligung eines Vortrages für die Verwaltungssabende für Beamte wurde abgelehnt infolge der geringen Beteiligung der brüderlichen Gemeindefabrik. Für die Bureauhilfsarbeiter wird auf die Regelung der endgültigen Gehaltsfrage ein weiterer Vorlauf von 200 M. bewilligt, für ein Vierteljahr im Voraus zahlbar; die Gemeindevorstellung erhalten diesen Vorlauf jede Woche gezahlt bis zur Regelung ihrer Lohnfrage. Für die bei der Gemeinde beschäftigten Tischler wird eine weitere Lohnsteigerung nach den Tarifschlüsseln des Holzarbeiterverbandes bewilligt. Die Umwandlung von sechs Diäten in Assistenzstellen wird genehmigt mit der Maßgabe, daß die Anstellung mit Kündigung erfolgt. Ein Antrag unserer Fraktion, die Verwaltung des Kirchhofs in Gemeindegewalt zu übernehmen, soll in nächster Sitzung zur Beratung kommen.

**Petershagen.** Gemeindevorstellung. Eingangs der recht anregend verlaufenen Sitzung protestierte Herr Schöffe Richter gegen den letzten Bericht im „Vorwärts“. Genosse Grün befragte mit einer kurzen Erklärung alle Juristen an der Obektivität derselben. — Gegen sogenannte „wilde Bauten“ soll mit aller Strenge vorgegangen werden. Bis auf die Wasserabfuhr fanden alle Kommissionsberichte ihre Erledigung. Die Inangriffnahme von Bauarbeiten ist vor dem 1. April nächsten Jahres anzuschließen. — Der Antrag der freireligiösen Gemeinde auf Gewährung eines Vortrages zu dem von ihr eingerichteten Choraleinrichtungsverein bei den hiesigen Parteien auf harten Widerspruch. Genosse Rodowski beantragte den Antrag. Die mit großer Leidenschaft geführte Debatte erreichte mit der Annahme des Antrages ihr Ende. Bewilligt wurden jährlich 200 M. Rückverzug vom 1. Oktober. — Beschlossen wurde die Anstellung eines Bureauhilfsarbeiters. Ueber die unerwünschte Debatte betreffs der Lösung der Angelegenheit im Interesse unserer gesamten Gemeinde des Sängers Wohlwille. — Die Verfolgung mit elektrischem Strom dürfte noch in diesem Monat erfolgen. — Die Unpassierbarkeit des Friedhofsweges bei Regenwetter soll beseitigt werden. — Die Abgabe von Kohlen hat noch Gewicht zu erlangen. Eine Beschwerde gegen den Händler V. Lohdorfer Chauffeur, veranlaßte diese Diskussion. — Schritte für die Erlangung eines brauchbaren Hofplatzes für unseren Ortsklub sind unternommen.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

**Sträßen.** Sonnabend: 250 Gramm Gekochten (44) für Jugend- (1) bis 200 Gramm Reis (2), 500 Gramm Kartoffelknödel (3), 250 Gramm Bohnen (4) für die Mittwochs.

**Tablem.** 12 bis 19. Oktober: 250 Gramm Hälften (91) bis Freitag (91), 200 Gramm Hälften (44), 250 Gramm Reis (92). Nennlich, soweit der Vorrat reicht. Holzpreis auf Mittel. Preisverkauf: Salzberge, Gabeln in Dosen, Krabbenextrakt 50 Pf. Lebensmittel 4 Dole 5 M.

**Regia.** 12 bis 15. Oktober: Anmeldungen auf 250 Gramm Graupenmehl (91), 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl (K 20), 2 Bäckchen Nudeln oder Nudeln (92). Für Kriegsbeschädigte von 50 Proz. und darüber vom 13. bis 23. Okt. 1000 Gramm gel. Nudeln, 1000 Gramm Gekochten.

**Johannischal.** 12 Freitag: 250 Gramm ausl. Hälften (75), 250 Gramm Suppen in Packen (91), 250 Gramm amerik. Weizenmehl (J 19), 250 Gramm Parmelade (521), ein Bäckchen Nudeln (522), zwei Bäckchen (523), Sonderaufgabe (524). Für Kinder von 1-6 Jahren 250 Gramm Kindergerstemehl (525).

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Rudow.** Generalversammlung Donnerstag 8 Uhr bei Seiler. 1. Verteilung des Protokolls. 2. Geschäftliches. 3. Bericht des Vorstandes und des Kassiers.

**Regia.** Die Mitgliederversammlung Mittwoch 7 Uhr findet nicht statt.

## Frauenabende.

**30. Abteilung.** Frauenversammlung Mittwoch 7 1/2 Uhr bei Wille, Stargarder Str. 3. Vortrag: Lehrer Kreuziger. Vorkursleiter mitkommen.

**Montagel-Buch.** Mittwoch bei Karls, Büchsenstraße, 7 1/2 Uhr. Ref.: Genosse Lohndorfer. „Die neue Verfassung“.

**Kaisers.** Mittwoch bei Schöppe, Schauer Str. 5, 7 1/2 Uhr. Ref.: Genosse Trinks. „Die Frau und der Sozialismus“.

**Reinholders-Ch.** Mittwoch in der Schulaula, Reitelstr. 25/26. Ref.: Genosse Heilmann. „Was ist Religion?“

## Bildungsveranstaltungen.

**Charlottenburg.** Gebühr für den Bildungszustand für arbeitslose Genossen 2 M. Der Anruf beginnt Freitag 7 Uhr in der Königin-Luise-Schule, Dandelsmannstr. 26/28.

**Jungsozialistische Vereinigung.** Unsere Mitglieder beteiligen sich an dem morgen 1/8 Uhr von der Sozialistischen Arbeitergemeinschaft an der Landeshochschule im Generalversammlungsraum der Biele, Burgstr. 25, veranstalteten Vortrag des Genossen Eduard Bernstein über: „Sozialismus und Werte“. Bitte mitkommen!

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Lichtenberg.** Dienstag, 21. Oktober, 7 Uhr, spricht Rudolf Wiesel in öffentlicher Volksversammlung in der Aula, Parkallee, über: „Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland“.

## 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Stuttgart, 14. Oktober.

Die Sitzung wird um 9 1/2 Uhr mit dem Bericht der Kandidatprüfungskommission eröffnet. Protokolle liegen den aus Chemnitz, Goslar, Göttingen, Dresden und Berlin. Nachdem sie aus den ersten drei Orten zurückgeschickt worden, schließt man zur Beratung des Berliner Protokolls. Er läßt sich unter anderem auf die Tatsache, daß in Berlin bei den Wahlen der Wähler bereits gestrichelt wurde, Stimmzettel in die Mitgliederbücher gelegt wurden, daß Mitglieder, die noch nicht 20 Wochen dem Verbande angehört, nicht zur Wahl zugelassen wurden, obwohl nur eine 14-tägige Mitgliedschaft nötig ist. Ferner fungierte ein Kandidat als Wahlleiter. Die Kommission schlägt vor, diese Punkte für ungültig zu erklären.

In der Debatte verteidigt Richard Müller - Berlin die Vorkommnisse bei den Berliner Wahlen mit den besonderen Berliner Verhältnissen und Bestimmungen des Wahlgesetzes. Er behauptet selbst einen gestrichelten Zettel geben lassen, da er unmöglich alle Kandidaten kennen konnte. Im übrigen müßten zu Wahlleitern durchaus „überläufige“ Kollegen genommen werden.

Richard Mannheim teilt den Ausführungen Müllers entgegen und weist auf den bekannten Brief Dührmann hin, der zur Beurteilung der Wahlleiters der Hypothese zugrunde liegt.

Reichelt vom Vorstand erklärt, daß der Vorstand den Wahlprotokoll der Berliner bereits am 9. September an die Berliner weitergegeben habe, daß aber erst am letzten Sonntag die Antwort der dortigen Bezirksleitung eingetroffen sei, so daß es dem Vorstand unmöglich war, dazu Stellung zu nehmen.

Daas, Köln/Rhein erklärt, daß das Wahlgesetz nicht wie für alle Fälle, so auch für Berlin Gültigkeit haben müsse. Sollten die angeführten Vorkommnisse in allen Berliner Wahllokalen an der Tagesordnung gewesen sein, dann müßte man alle Berliner Mandate für ungültig erklären, andernfalls nur die in den einzelnen Bezirken abgegebenen Stimmen zählen.

Dührmann - Frankfurt a. M. gibt zu, daß einzelne Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, verwirft das angeführte und ausgegebene Wahlgesetz und fordert, daß es in Zukunft von der Generalversammlung ausgearbeitet wird.

Loß erklärt, daß die Protokolle keine Berechtigung hätten. Ein Schlichtungstag wird gegen die Widerpart angenommen. Nach dem Schlichtungstag kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Reichelt und Widerpart. Das beantragt nichtzeitliche Abstimmung über die Gültigkeit der Berliner Mandate. Das wird beschlossen.

Vorländer Schlichte erklärt, daß die Inhaber der angeführten Mandate nicht mitstimmen dürfen. (Lärm bei der Rede.) In der Geschäftsverhandlung erinnert die Delegation daran, daß man an dem Verhandlungstag in Dresden die Delegierten, deren Mandate angefochten wurden, mitstimmen ließ. Von anderer Seite wird vorgeschlagen, es dem Taggeß (1) der Berliner zu überlassen, ob sie ihre Stimme abgeben wollen. Ein Antrag Ernst, die Berliner mitstimmen zu lassen, wird angenommen, und mit 189 gegen 185 Stimmen werden die angefochtenen Berliner Mandate für gültig erklärt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Der Metallarbeiterstreik.

Im Metallarbeiterstreik ist die Lage zurzeit noch unklar. Das Hauptinteresse richtet sich im Augenblick auf das Vorgehen des Verbandes der Geiger und Maschinenbau, dessen an den Reichsarbeitsminister gerichteter Mißbrauch am Mittwochmittag um 12 Uhr abläuft. Dem Verband gehören in Groß-Berlin rund 6000 Mitglieder an, die sich auf etwa 600 bis 700 Betriebe verteilen. Kommt es zu dem formalen Ausbruch der Geiger, so werden fast alle Werke der Industrie in Mitleidenschaft gezogen. Die Lage verschärft sich dadurch, daß der Streik auf der Forderung beruht, am Mittwochmittag die Angehörigen der städtischen Betriebe, der Elektrizität, Gas- und Wasserwerke herauszulassen. Die Forderungen der Maschinenbau und Geiger geben bekanntlich nicht dahin, eine Lohnaufbesserung zu erlangen, sondern laufen auf eine andere Gruppierung der einzelnen Kategorien hinaus. Es soll die von den Arbeitgebern vorgeschlagene und im Schlichtungsprüfungsbüro in fünf Lohnklassen besetzt werden.

Wir wir im Reichsarbeitsministerium erfahren, ist dort von einer Rückkehr des Ministers im Laufe des heutigen Tages noch nichts bekannt. Direkte Verhandlungen zwischen den einzelnen Delegierten und dem Verband der Geiger und Maschinenbau werden heute ohne weiteres nicht aufgenommen, da der Minister sich die Verhandlungen selbst vorbehalten hat.

